

Rot-Rot-Grün am Polarkreis

**Linke Politik in Norwegen
– Vorbild für die Linke in
Deutschland?**



Inhaltsverzeichnis

Rot-Rot-Grün am Polarkreis	3
Linke Politik in Norwegen – Vorbild für die Linke in Deutschland?	
von Axel Lochner	
Die radikalste Regierungserklärung Europas	7
von Åsmund Strand Johansen	
Linke Regierung. Chancen und Herausforderungen radikaler Realpolitik	12
von Conny Hildebrandt und Meinhard Meuche-Mäker	

Diese Publikation entstand mit freundlicher finanzieller Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin.

Hamburger Skripte 21

Rot-Rot-Grün am Polarkreis

Linke Politik in Norwegen – Vorbild für die Linke in Deutschland?

Hrsg.: Rosa Luxemburg Stiftung Hamburg e.V.; April 2011 - Schutzgebühr 2 €

Zimmerpforte 8 | 20099 Hamburg | Tel 040 - 29 88 24 35 | [info\[at\]rls-hamburg.de](mailto:info[at]rls-hamburg.de) | www.hamburg.rosalux.de

Die Hamburger Skripte können in gedruckter Form bezogen werden. Hierzu ist entweder eine Einzahlung auf unser Konto (Hamburger Volksbank – BLZ 20190003 – Kto. 88169707) oder die Einsendung von Briefmarken jeweils in Höhe des Einzelpreises zzgl. 1,45 € Porto an unsere Anschrift erforderlich. Außerdem können die Hamburger Skripte kostenfrei von unserer Website als PDF-Datei herunter geladen werden.

Rot-Rot-Grün am Polarkreis

Linke Politik in Norwegen – Vorbild für die Linke in Deutschland?

von Axel Lochner¹

Uns Durchschnittslinken fällt zu Norwegen vermutlich auch nicht wesentlich mehr ein als anderen: ein geografisch beeindruckendes Land mit großen Erfolgen im Wintersport. Diese beschränkte Wahrnehmung ist ein Fehler, abgesehen davon, dass Linken aller Couleur etwas mehr Neugier und etwas weniger Selbstgewissheit ohnehin gut täten.

Denn unter dem Aspekt linker (Regierungs-)Politik ist Norwegen derzeit wahrscheinlich eines der interessantesten Länder in Europa. Manche Themen, die hierzulande und anderswo eher abstrakt und theoretisch diskutiert werden, sind durch die linken Parteien Norwegens längst in praktischer Erprobung, Irrtümer und Fehler natürlich eingeschlossen.

Die Rosa Luxemburg Stiftung organisierte Ende März 2011 Informationsveranstaltungen in Kiel und Hamburg mit Referentinnen aus linken Parteien in Norwegen, die nachfolgend auszugsweise dokumentiert werden.



Kleines Land mit großem Reichtum

Norwegens Bevölkerung umfasst nur knapp fünf Millionen Menschen, zehn Prozent davon sind Einwanderer_innen, drei Viertel leben in den größeren Städten, das Festland bis hoch zum Polarkreis ist umgeben von rund 150.000 Inseln². Vom UN-Entwicklungsprogramm UNDP wurde Norwegen mehrfach als das Land eingestuft, in dem es sich „am besten leben lässt“. In Volksabstimmungen 1972 und 1994 wurde ein Beitritt zur Europäischen Union jeweils mehrheitlich abgelehnt, seit 1992 ist

¹ Axel Lochner ist Mitglied des Beirates der Rosa Luxemburg Stiftung Hamburg. Redaktionsschluss 4.4.11

² Quelle dieser und nachfolgender Daten: Norwegisches Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, „minifakten über norwegen 2010“

das Land aber dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) assoziiert und gehört der NATO an (die Teilnahme von norwegischen Kampfflügen an Einsätzen in Libyen sind ausgesprochen umstritten).

Etwa drei Viertel der norwegischen Beschäftigten arbeiten im Dienstleistungssektor, 21 Prozent in industriellen Sektoren, die Arbeitslosenquote liegt im europäischen Vergleich bei niedrigen drei Prozent. Knapp 1,5 Millionen Arbeitnehmer_innen sind Mitglied einer Gewerkschaft, das entspricht einem Organisationsgrad von 55 Prozent, eine Organisationskraft mit offensichtlich politischen Wirkungen (einen höheren Organisationsgrad in Europa gibt es nur in einigen anderen skandinavischen Ländern, in der Bundesrepublik liegt er mit etwa 20 Prozent, in Frankreich mit nur 8 % deutlich geringer).

Der Staatsetat im Jahre 2009 (Ausgaben 171,3 Mrd \$, Einnahmen 208,6 Mrd \$) wies einen Haushaltsüberschuss in Höhe von 10,0 % des Bruttoinlandsproduktes³ aus, das erarbeitete BIP je Einwohner ist deutlich größer als in BRD, USA und im Euro-Durchschnitt.

Das Land ist weltweit der elft-größter Erdöllieferant. Die hohen und scheinbar noch auf Jahre hinaus gesicherten staatliche Einnahmen aus der Öl- und Gaserzeugung fließen zugunsten kommender Generationen in einen staatlichen Pensionsfonds, der international investiert (unter vergleichsweise rigiden Regeln, die Beteiligungen an Waffenfabriken oder unökologischen Produktionen untersagen). Bisher ist norwegischer Konsens, dass von diesem Geld nur die jährliche Rendite von etwa 4 % ausgegeben werden darf, die eigentlichen Einnahmen aber für kommende Generationen zurückgelegt werden. Diese Rücklagen im „Ölfonds“ machen derzeit knapp 400 Milliarden Euro aus.

Frauenpolitik

Seit 1913, früher als den meisten anderen Ländern, gilt in Norwegen das Frauenwahlrecht, die Frauenfrage wurde bereits zuvor von dem bekannten bürgerlichen Dramatiker Henrik Ibsen (1828-1906) thematisiert, etwa in seinem Werk „Nora oder Ein Puppenheim“ aus dem Jahre 1879. Es scheint, als wäre die Emanzipation in mancher Hinsicht, wie in anderen skandinavischen Ländern auch, sehr viel weiter als anderswo.

Während in der BRD gegenwärtig eine Frauenquote in Unternehmens-Vorständen der freiwilligen Selbstverpflichtung der privaten Unternehmen überlassen bleibt, sind in Norwegen nach entsprechender gesetzlicher Regelung im Durchschnitt 40 Prozent Frauen in Vorstand oder Verwaltungsrat ("Styre") der großen norwegischen Aktiengesellschaften vertreten. Der Frauenanteil im nationalen Parlament „Storting“ und den kommunalen Volksvertretungen beträgt derzeit ebenfalls 40 Prozent, im aktuellen Kabinett sind die Hälfte Ministerinnen. Das Ziel "genügend Kindergartenplätze im Verhältnis zur Kinderzahl" gilt in regierungsoffizieller Selbsteinschätzung als fast erreicht, neun von zehn Vätern nehmen Elternzeit im ersten Lebensjahr des Kindes. 28 Prozent aller Frauen verfügen über eine akademische Ausbildung, bei Männern sind es 25 Prozent. Die Frauenlöhne liegen im Branchendurchschnitt bei 87 % der Männerlöhne. Kritisch wiesen die Rødt-Votreterinnen während der Veranstaltung darauf hin, dass 50 % der Frauen nur in Teilzeitjobs bzw. „klassischen Frauenberufen“ beschäftigt seien.

³ Unter BIP versteht man den Gesamtwert aller Güter, die innerhalb eines Jahres innerhalb der Landesgrenzen einer Volkswirtschaft hergestellt wurden und dem Endverbrauch dienen.

Norwegen, auch diese für Linke kleine historische Ironie passt ins überraschende Bild, ist eine parlamentarische Monarchie. Aber selbst das norwegische Königshaus sei, so erklärten unsere Gäste bei der Veranstaltung, anders als in anderen Monarchien...

Seit 2005 wird die norwegische Regierung von einer Koalition aus sozialdemokratischer Arbeiterpartei („Arbeiderpartiet“), Sozialistischer Linkspartei („Sosialistisk Venstreparti“) und der Zentrumspartei („Senterpartiet“) regiert. Bei den Wahlen am 14. September 2009 wurde die Koalition knapp bestätigt, das Kräfteverhältnis im „Storting“ bei insgesamt 169 Abgeordneten sieht so aus:

Linke Regierung	47,8 %	86 Abgeordnete
Arbeiderpartiet	35,4 %	64
Sosialistisk Venstreparti	6,2 %	11
Senterpartiet	6,2 %	11
Bürgerliche Opposition	46,9 %	83 Abgeordnete
Fremskrittspartiet („Fortschrittspartei“, rechtspopulistisch)	22,9%	41
Høyre (Konservative)	17,2%	30
Kristelig Folkeparti (Christliche Volkspartei)	5,5%	10
Venstre (Liberale Partei)	3,9%	2

Das Regierungsprogramm dieser Koalition⁴ versteht sich als linke Antwort auf „die aktuelle ökonomische Krise, die weltweite Nahrungsmittelkrise sowie die internationale Klimakrise“. Diese Krisen seien der klare Beweis dafür, dass der kapitalistische Markt kontrolliert und reguliert werden müsse. Die Regierung werde deshalb weiter daran arbeiten, einen starken öffentlichen Sektor unter resoluter politischer Führung aufzubauen. Das norwegische Wirtschafts- und Sozialmodell werde international der wichtigste Vorteil des Landes sein. Und die Regierung wolle sich in diesem Sinne auch um neue Kompromisse und eine größere Mehrheit im nationalen Parlament bemühen.

Linke Parteien und linke Politik in Norwegen

An der Veranstaltung nahmen Linke aus unterschiedlichen und bei Wahlen miteinander konkurrierenden Parteien teil, nämlich Rødt und SV. Wer deren Umgang miteinander und den Stil ihrer Diskussionen erlebt hat, musste sich – angesichts der Art und Weise, wie hierzulande Linke unterschiedlicher Richtungen miteinander umgehen – wundern. Alle Widersprüche wurden solidarisch, freundschaftlich und offen thematisiert. So sei Rødt zwar für die derzeitige Regierung, wolle aber keine Unterstützung rein parlamentarischer Politik leisten und stehe bei bestimmten inhaltlichen Fragen in scharfer Opposition (Teilnahme an Militäraktionen, sofortige Beendigung Ölforderung zugunsten alternativer Energien, Rentenreform).



Die „Sosialistisk Venstreparti“ (Sozialistische Linkspartei) ging 1975 aus der sozialdemokratischen „Sosialistisk Folkeparti“ – selbst eine Abspaltung der Arbeiterpartei – hervor, die sich mit oppositionellen Teilen der damaligen Kommunistischen Partei sowie vor allem Aktiven aus Ökologie- und Frauenbewegungen zusammenschloss. Ihrem Selbstverständnis nach ist die SV eine „rot-grüne“ Partei. 1977 erzielte sie bei den Wahlen zum

⁴ Political platform as basis for the Government's work 2009-2013 (hier Kapitel 1)

nationalen Parlament 4,2 Prozent, das beste Ergebnis mit 12,5 Prozent wurde 2001 erreicht. Seither sank die Zustimmung auf 8,8 (2005) bzw. 6,2 (2009) Prozent. Seit Oktober 2005 ist die SV Regierungspartei und stellt heute vier Minister_innen, zuvor hatte sie mehrfach sozialdemokratische Minderheitsregierungen unterstützt. Die Partei hat derzeit rund 10.000 Mitglieder (das entspräche in der BRD etwa 160.000 Menschen), mehrheitlich Frauen. Parteivorsitzende ist Kristin Halvorsen.



Rødt entstand im März 2007 durch den Zusammenschluss der „Rød Valgallianse“ (Roten Wahlallianz) und der maoistisch orientierten „Arbeidernes kommunistparti“ (Kommunistischen Arbeiterpartei), wenig später trat die trotzkistische „Internationale Sosialister“ der neuen Partei bei. Rødt versteht sich als revolutionäre Organisation. Im Manifest des Gründungsparteitages wird als Ziel eine „demokratische und sozialistische Gesellschaft“ benannt mit „ökologischer Balance, individueller Freiheit, Frauenemanzipation, sozialer Gerechtigkeit und der Abschaffung der Armut“, Ziel bleibe die „klassenlose Gesellschaft“. Heute hat Rødt rund 2.000 Mitglieder, die in Gewerkschaften und Bewegungen aktiv sind. Die Partei ist in 66 Gemeinderäten vertreten und stellt in Risør den Bürgermeister. Bei den nationalen Wahlen 2009 erhielt sie 1,3 Prozent und gewann damit kein Mandat im Storting.

Norwegens linke Tageszeitung *Klassekampen* („Klassenkampf“), 1969 als maoistisches Vereinsblatt gegründet, heute aber für alle linken Parteien und Strömungen gemacht und von allen gleichermaßen gelesen, erschien im vergangenen Jahr mit über 14.000 Exemplaren (und rund 70.000 Leser_innen). Nicht viel? Wenn man die Auflage, gewiß etwas formal, auf die Bevölkerungszahl umrechnet, entspräche das in der BRD 230.000 Exemplaren - und das wäre mehr als doppelt so viel wie die derzeitige Auflage von *taz*, *Neues Deutschland* und *junge welt* zusammen. Auch darüber könnte man Gelegenheit einmal nachdenken.

Aus norwegischer Politik, wie sie in dem nachfolgenden Text aus Sicht der Sozialistischen Linkspartei (SV) beschrieben wird, ließe sich auch für linke (Regierungs-) Politik in unserem Land einiges lernen. Zum Beispiel, welche Bedeutung gewerkschaftlicher und außerparlamentarischer Druck für das Zustandekommen einer rot-rot-grünen Regierung haben kann und dass die Linke sich bewusst und organisiert auf diesen Druck stützen muss, um Veränderungen zu erzielen. In Norwegen scheint es ein breites gesellschaftliches Einverständnis darüber zu geben, dass die „Öffentlichen Gemeingüter“ und soziale Sicherheit gegen den Neoliberalismus geschützt werden müssen, es existiert also ein Klima, auf das sich linke Politik beziehen kann. Interessant auch, wie und welche Kompromisse linke Parteien in Norwegen eingehen, um reale Veränderungen zu erreichen, teilweise auch direkt nachzulesen im Regierungsprogramm.

Im Anschluss an den Vortrag der norwegischen SV geben wir einen Artikel wieder, der bereits vor einem Jahr erschienen ist, aber einige auch heute noch aktuellen Fragen linker Regierungspolitik aus deutscher Sicht beschreibt.

Hinweis:

Wer sich mit den nationalen und internationalen Erfahrungen linker (Regierungs-) Politik weiter beschäftigen möchte, dem sind u.a. folgende Texte bzw. websites empfohlen:

Das Europabüro der RLS in Brüssel unter der Adresse: http://rosalux-europa.info/home_de

Literatur zu linken Parteien in Europa, auch als PDF verfügbar <http://www.rosalux.de/publication/37224/von-revolution-bis-koalition.html>

Website der RLS zu Linksparteien weltweit:

www.rosalux.de/parteien-demokratie/specials/leftparties/deutsch/linke-parteien-im-vergleich/ii-analysen-einzelner-parteien/ii-analysen-einzelner-parteien.html

Informationen und Texte zu linker Regierungspolitik: <http://linke-in-regierungen.de/>

Die radikalste Regierungserklärung Europas

von Åsmund Strand Johansen⁵

Nach sechs Jahren einer sogenannten rotgrünen Regierung erleben die Norweger kein sozialistisches Paradies. Die rotgrüne Regierungserklärung ist die radikalste Regierungs-erklärung Europas, aber wir sprechen nicht von einem sozialistischen Experiment. Die Sozialistische Linkspartei (SV) erhielt bei der letzten Parlamentswahl eine Zustimmung von 6,3 Prozent. Das genügt nicht für eine Revolution. Die Regierung hat jedoch erreicht, was von vielen für unmöglich gehalten würde - sie wurde wiedergewählt.

Nach einem Regierungswechsel im Jahr 2000 wurde der heutige Ministerpräsident Jens Stoltenberg, Chef einer Minderheitsregierung der Arbeiterpartei. Seine Regierung fing mit einer Welle von den Privatisierungen an. Sowohl der staatliche Ölkonzern *Statoil* als auch der Telekommunikationskonzern *Telenor* wurden privatisiert. Diese, aber auch andere Änderungen wurden natürlich von der politischen Rechten bejubelt, aber von den Gewerkschaften und der Sozialistischen Linkspartei scharf kritisiert. Im Mai 2001 wurde die Vorsitzende der Sozialistischen Linkspartei zum ersten Mal als Gast zum Gewerkschaftskongress eingeladen. Derselbe Kongress entschied, der Sozialistischen Linkspartei einen Teil des Geldes zu geben, das ursprünglich nur als Unterstützung für den Wahlkampf der Arbeiterpartei geplant war. Das Wahlkampfbudget der Sozialistischen Linkspartei wurde somit um 25% erhöht. Und was am Wichtigsten war, die Zentrale Gewerkschaft und viele Branchengewerkschaften erklärten zum ersten Mal öffentlich, dass auch die Sozialistische Linkspartei die Interessen der Wähler_innen vertreten würde.

Bei den Wahlen von 2001 erlitt die Arbeiterpartei große Verluste. Die Sozialistische Linkspartei wurde zum relativen Wahlsieger mit 12,5% der Stimmen, aber insgesamt bekam die politische Linke keine Mehrheit. Nach den Wahlen bildeten zwei Zentrumsparteien und die Rechtspartei eine Minderheitsregierung. Die neue Zentrum-Rechtsregierung konnte nur mit der Unterstützung der unberechenbaren und populistischen „Fortschrittspartei“ gebildet werden. Die neue Regierung war schwach, und es gab große interne Spannungen. Die Rechte (die konservative Partei) war in der Lage, große Steuersenkungen durchzusetzen, gegen den Willen der beiden anderen Koalitionsparteien. Diese hätten der Regierung lieber ein soziales Profil gegeben, das den Forderungen der Sozialistischen Linkspartei eher entsprochen hätte.

⁵ *Åsmund Strand Johansen studiert Europa- und Amerikanwissenschaften mit dem Schwerpunkt Deutschland an der Universität in Oslo. Er war lange aktiv als Wahlkampfmitarbeiter und ist heute u.a. als politischer Berater der SV in Oslo tätig. In diesem Jahr plant er ein Praktikum im Büro des Bundestagsabgeordneten Nescovic der LINKEN. Sein Vortrag, den er auf deutsch gehalten hat, wurde geringfügig gekürzt.*

Nach dem Scheitern der Arbeiterpartei bei den Wahlen von 2001 haben die Sozialdemokraten aber verstanden, dass sie ihre Strategie verändern mussten. Der Vorsitzende der Arbeiterpartei, Jens Stoltenberg, erklärte öffentlich, dass die Arbeiterpartei bereit sei, zum ersten Mal in ihrer Geschichte, eine Koalitionsregierung mit der Sozialistischen Linkspartei und der Zentrumsparlei einzugehen. Die Sozialistische Linkspartei hatte lange Zeit für ein solches Bündnis gearbeitet. Die zentrale Gewerkschaft (LO) begann bereits im Herbst 2004 den so genannten „langen Wahlkampf“ mit dem Ziel, nach den Wahlen im September 2005 eine linke Mehrheitsregierung zu erreichen.

Vor den Parlamentswahlen sind die drei rotgrünen Parteien bei verschiedenen umstrittenen Fragen zu einer Einigung gelangt, nämlich der NATO-Mitgliedschaft Norwegens, dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum, eine mögliche norwegische Mitgliedschaft in der Europäischen Union und dem Thema Steuererhöhungen.

1. Die Sozialistische Linkspartei lehnt die Mitgliedschaft in der Nato ab, aber sie vertritt diesen Standpunkt als einzige Partei im Parlament. Die Sozialistische Linkspartei versprach deshalb 2004 öffentlich, dass sie bei einem rotgrünen Wahlsieg auf diesen Standpunkt in der Regierung verzichten würde.
2. Die Zentrumsparlei und die Sozialistische Linkspartei mussten auch das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum akzeptieren.
3. Die Arbeiterpartei musste dagegen akzeptieren, dass bei einem rotgrünen Wahlsieg kein Antrag auf norwegische Mitgliedschaft in der Europäischen Union gestellt werden würde.
4. Die drei rotgrünen Parteien versprachen auch, dass sie die Steuern auf dem Niveau von 2004 belassen würden.

Die meisten anderen Fragen sollten durch Verhandlungen nach der Wahl entschieden werden. Ich glaube, die Abklärung der oben genannten Punkte war wichtig, um eine glaubhafte Alternative zur politischen Rechten darzustellen. Wir zeigten, dass wir bereit waren Kompromisse einzugehen, auch wenn es um Kernpunkte in unsere Politik ging. Wir waren die rotgrüne Allianz, die gegen das Chaos und die Ungerechtigkeit der politischen Rechten kämpfte.

Ab den 1980iger Jahren bis zur ersten Hälfte der 2000er Jahre vergrößerte sich der Unterschied zwischen reich und arm in Norwegen ständig, gleichgültig welche Regierung an der Macht war. Die Zentrum-Rechtsregierung, die ab 2001 regierte, sorgte für eine Schwächung der gewerkschaftlichen Rechte und des Arbeitsschutzgesetzes. Außerdem hat sie norwegische Soldaten in den Irak geschickt und Norwegen hat an der amerikanischen „Operation Enduring Freedom“ in Afghanistan teilgenommen. Darüber hinaus war die Zentrum-Rechtsregierung für eine Umweltpolitik verantwortlich, die nur zu erhöhten CO₂-Emissionen führte. Die Politik dieser Regierung führte zu einer massiven Mobilisierung der Gewerkschaften, der Friedensbewegung und der Umweltbewegung. Es wurde eine Änderung der Politik und eine neue Regierung gefordert. Es gab zahlreiche Demonstrationen, Aktionen, Leserbriefe, Konzerte und gemeinsame Aktionen in den Medien. Es gab einen kollektiven Wunsch nach einem Wandel in der Politik. Alle drei rotgrünen Parteien bekamen zum ersten Mal in der Geschichte Norwegens finanzielle Unterstützung von den Gewerkschaften.

Diese Mitte-Links-Allianz ging siegreich aus den Parlamentswahlen 2005 hervor. Die Sozialistische Linkspartei (SV) verlor aber schwer im Vergleich zu den Wahlen 2001. Von den traditionellen Rechtswählern wechselten viele zur populistischen Rechten über.

Die Regierungsverhandlungen der drei rotgrünen Parteien dauerten drei Wochen und waren sehr schwierig. Die Wähler hatten der Arbeiterpartei mehr als zwei Mal so viele Stimmen gegeben wie den beiden kleineren Parteien zusammen (32,7% gegenüber 15,3%) – und sie hatte daher eine starke Verhandlungsposition. Die Resultate der Verhandlungen waren überraschend. Wie ich schon erwähnt habe, bekamen wir die radikalste Regierungserklärung Europas. Die Regierungsplattform ist in vieler Hinsicht definitiv links vom Wahlprogramm der Arbeiterpartei. Das trifft sowohl auf die internationale Politik als auch auf die Wirtschafts- Regional und Sozialpolitik zu.

Die wichtigste Veränderung in der Politik war die Verpflichtung, mit der Deregulierung der öffentlichen Dienstleistungen im Staatssektor aufzuhören und ebenso wurden verschiedene Versprechen formuliert, für dieses Ziel auch in Bezug auf Entwicklungsländer innerhalb internationaler Institutionen wie der Weltbank und den Vereinten Nationen zu arbeiten. Die Regierung hat außerdem die Teilnahme an der „Operation Enduring Freedom“ in Afghanistan beendet und ebenso wurden die norwegischen Stabsoffiziere und das Trainingspersonal aus dem Irak zurückgezogen. In der Regierungserklärung steht, dass Norwegen ein klares UNO-Mandat als Voraussetzung für eine Teilnahme an internationalen Militäroperationen verlangt. Dazu wäre es nicht gekommen, wenn die Arbeiterpartei allein in der Regierung gewesen wäre. Das Verhältnis zu den USA spielt bis heute für die Sozialdemokraten eine große Rolle. Die Führung der Arbeiterpartei wollte, was die Teilnahme an internationalen Militäroperationen anbelangt, größeren Handlungsspielraum als die Sozialistische Linkspartei bereit war ihr zuzugestehen. Diese Regierungserklärung ist ein wichtiger Beweis dafür, dass die Sozialistische Linkspartei wirklich für Änderungen eintritt. Friedensnobelpreisträger Desmond Tutu kommentierte den außenpolitischen Teil der Regierungserklärung mit folgendem Worten: "Fantastic. This proves that these things can still happen. Great effort. God bless you."

Auch innenpolitisch wurde die Politik radikaler. Obwohl nur ungefähr 1% der Schüler in Norwegen Privatschulen besuchen, wollte die Zentrum-Rechtsregierung kommerzielle Privatschulen etablieren. Die rotgrüne Regierung hat die Kommerzialisierung und Privatisierung der Bildung gestoppt. Ich möchte vier Punkte besonders hervorheben, bei denen sich die Sozialistische Linkspartei durchgesetzt hat:

1. **Steuerpolitik.** Wie oben erwähnt, versprachen die drei rotgrünen Parteien, die Steuern auf dem Niveau von 2004 zu belassen. Das ist von vielen sowohl innerhalb der Sozialistischen Linkspartei als auch außerhalb der Partei kritisiert worden. Viele glaubten, dass man durch dieses Versprechen ein wichtiges Werkzeug verlieren würde, um bessere Umverteilung zu erreichen. Es gibt aber auch andere Möglichkeiten, Umverteilung durch Steuermaßnahmen zu erreichen. Bis 2006 ist der Unterschied zwischen Arm und Reich in Norwegen gewachsen. Die rotgrüne Regierung mit einer Finanzministerin der Sozialistischen Linkspartei, hat die Steuerpolitik so geändert, dass reichere Leute nun verhältnismäßig mehr Steuer zahlen müssen. Das hat dazu geführt, dass sich der Unterschied zwischen Arm und Reich in Norwegen nun verkleinert.
2. **Umwelt.** Egal, unter welcher Regierung, die CO2 Emissionen sind ständig gestiegen. Jetzt aber sinken sie wieder und wir haben einen rotgrüne Regierung und einen Umweltminister von der Sozialistischen Linkspartei.
3. **Homo-Ehe.** Die Ehe zwischen gleichgeschlechtlichen Partnern wurde in Norwegen ab 1. Januar 2009 erlaubt, als das neue – geschlechtsneutrale – Ehegesetz in Kraft trat. Norwegen war das sechste Land der Welt, das die gleichgeschlechtliche Ehe erlaubte. Seit den 70iger

Jahren hat die Sozialistische Linkspartei für gleiche Rechte aller Gruppen in der Gesellschaft gekämpft. Erst mit dem Regierungs-Einzug der Sozialistischen Linkspartei wurden allen Menschen Norwegens gleiche Rechte garantiert.

- 4. Stärkung des Arbeitsschutzgesetzes.** Die Zentrum-Rechtsregierung sorgte für eine Schwächung der gewerkschaftlichen Rechte und des Arbeitsschutzgesetzes. Die rotgrüne Regierung hat das alte Gesetz wiederhergestellt.

Die außerparlamentarischen Bewegungen waren für uns eine wichtige Unterstützung, um die Wahlen im Jahr 2005 zu gewinnen. Wenn wir diese Unterstützung nicht auch 2009 erhalten hätten, wäre es nicht möglich gewesen die Wahlen erneut zu gewinnen. Ich hoffe, dass wir auch in der Zukunft solche Unterstützung erleben können - man muss sich aber diese Unterstützung verdienen. Die Sozialistische Linkspartei sieht sich als eine Partei, die eng mit den außerparlamentarischen Bewegungen veroben ist. Meinungsumfragen zeigen, dass unsere Mitglieder auch in anderen Organisationen sehr aktiv sind, was für Mitglieder der Arbeiterpartei nicht im gleichen Maße gilt.

Die Sozialistische Linkspartei hat durch viele Jahre hindurch außerparlamentarische Organisationen eingeladen, um mit Ideen zu ihrem „alternativen Haushaltsplan“ beizutragen. Das nennen wir „Gib der Sozialistischen Linkspartei Bescheid.“ Wir fordern die Organisationen auf, uns zu erzählen, was ihnen am Wichtigsten ist. Durch diese enge Zusammenarbeit versuchen wir, die außerparlamentarische Arbeit mit der Politik im Parlament zu verflechten und in die Regierung einzubinden. Die verschiedenen Organisationen werden nun jedes Jahr eingeladen, mit ihren Ideen zum Haushaltsplan beizutragen. Natürlich ist es nicht so, dass alle Vorschläge, die von den Organisationen kommen von der Regierung automatisch angenommen werden. Es ist aber wichtig, dass die Organisationen spüren, dass sie ernst genommen werden. Wenn wir den Kontakt zu den außerparlamentarischen Bewegungen verlieren, verlieren wir das, was uns von anderen Parteien unterscheidet. Es geht um die Demokratie, und diese Bewegungen spielen daher eine wichtige Rolle.

Die Arbeiterpartei hat den Gewerkschaften einen „Sitz“ in der Regierung gegeben. Wir wollen der Umweltbewegung denselben Einfluss geben. Die Sozialistische Linkspartei versucht jetzt, die Umweltbewegung in die Prozesse der Regierung einzugliedern. Wenn die Bewegungen in diesen Prozessen interiert werden, wird es auch einfacher zu akzeptieren, dass wir Kompromisse eingehen müssen. Ein wichtiges Beispiel: vor ungefähr zwei Wochen hat die Regierung eine Entscheidung über Ölbohrungen in einigen unserer wichtigsten Naturgebiete in Nord-Norwegen, Lofoten und Vesterålen getroffen. Die Sozialistische Linkspartei und die Umweltbewegung haben seit Jahren gegen Ölbohrungen in diesem Gebiet gekämpft. Ihre Gegner waren die Öl-Lobby und die zentralen Gewerkschaften. Die Öl-Lobby hat starken Druck ausgeübt und viel Geld aufgewendet, um diese Naturgebiete für Ölbohrungen zu öffnen. Sowohl die Mehrheit in der Arbeiterpartei als auch eine große Mehrheit im Parlament wollten Ölbohrungen - am besten schon morgen. Die Regierung hat aber nun entschieden, diese Gebiete zu schützen. Wie ihr versteht, war dies ein Sieg für die Sozialistische Linkspartei, aber auch ein Kompromiss. Die Regierung öffnete gleichzeitig andere Gebiete für Ölbohrungen, um auch die anderen Gruppen zufrieden zu stellen. Die Sozialistische Linkspartei wurde aber als Sieger gefeiert. Dieses Beispiel zeigt, wie die Zusammenarbeit am besten funktionieren kann.

Noch etwas zum Verhältnis zu den außerparlamentarischen Bewegungen Norwegens, weil diese für uns so wichtig sind. In Norwegen wie in anderen Ländern, und wahrscheinlich auch in Deutschland, bekommen die professionellen Lobbyisten immer größeren Einfluss, letztlich gewinnen die Kapitalisten Einfluss über diesen Weg. Diese Entwicklung ist ungünstig und unserer Meinung nach gefährdet

sie die Demokratie. Deshalb organisiert die Sozialistische Linkspartei regelmäßige „Lobbykurse“ für solche Organisationen, die weniger Kapital haben. Diese Organisationen sind vielleicht arm, aber sie repräsentieren oft viele Menschen. Die Sozialistische Linkspartei will Organisationen stärken, die für bessere Umweltbedingungen und für Rechte von Armen und Menschen mit Behinderungen kämpfen, und damit die Stimmen dieser Organisationen deutlicher und lauter machen. Hoffentlich funktioniert das auch. Man wird sich nicht immer in allen Fragen einigen, aber das ist auch nicht das Ziel. Die Organisationen sollen aber wissen, dass wir außerparlamentarische Kräfte und Bewegungen grundsätzlich unterstützen.

Vielleicht erinnert ihr euch, dass die Bundestagsfraktion der SPD im Jahr 2007 Berechnungen zu 18 Forderungen und Gesetzesanträgen der Linkspartei vorlegte im Hinblick auf deren finanzpolitische Konsequenzen? Der damalige SPD-Fraktionschef Peter Struck sagte: „Die Linkspartei macht den Staat und seine Bürger arm.“ Die Sozialistische Linkspartei in Norwegen kennt diese Art von Kritik. Bis 1997 sind wir immer mit Vorschlägen gekommen, die zu höheren Kosten als die Vorschläge der anderen Parteien geführt hätten, vielleicht mit Ausnahme der rechtspopulistischen Partei. Wir konnten uns nicht entscheiden welchen Fragen der Vorrang gegeben werden sollte. Seit 1997 vertreten wir dagegen eine geänderte ökonomische Politik. Ziel der Sozialistischen Linkspartei wurde, einen Haushalt der sozialen Gerechtigkeit zu erreichen ohne mehr Geld zu verwenden als die amtierende Regierung. Durch Umverteilung des Geldes im Rahmen einer ökonomischen verantwortungsvollen Politik zeigte die Sozialistische Linkspartei, dass sie verantwortungsbewusst mit dem Haushaltsgeld umgehen konnte ohne auf Gesellschaftskritik und Systemkritik zu verzichten. Ich glaube auch, dass wir durch diese Politik Vertrauen bei den Sozialdemokraten aufgebaut haben.

In den vergangenen 30 Jahren hat die Arbeiterpartei bei jeder Wahl tausende neue und günstige Kita-Plätze versprochen, die Wahlversprechen wurden nie gehalten. Bei den Wahlen 2001 wurde die Sozialistische Linkspartei zwar relativer Sieger, aber wir bekamen keinen realen Einfluss auf die Politik Norwegens. Stattdessen haben zwei Zentrumsparteien und die Rechtspartei eine Minderheitsregierung gebildet, unterstützt von der unberechenbaren und populistischen „Fortschrittspartei“. Die Sozialistische Linkspartei hat deshalb mit dieser populistischen Rechtspartei ein politisch verpflichtendes Übereinkommen getroffen, in dem die beiden Parteien zusammen für neue und günstige Kita-Plätze eintreten. Jedem Kleinkind sollte innerhalb von nur wenigen Jahren das Recht auf einen preiswerten Kita-Platz gesichert werden. Unser Übereinkommen betraf ausdrücklich nur diesen Politikbereich und wir mussten als Kompromiss akzeptieren, dass staatliche Beiträge auch an private Kitas gingen. Es wäre für die Sozialdemokraten politisch unmöglich gewesen, dieses Übereinkommen abzulehnen und die Arbeiterpartei war deshalb gezwungen, uns zu unterstützen. Mit diesem Schachzug zeigten wir, dass wir den Willen zu Macht und Einfluss hatten. Wir waren bereit Kompromisse einzugehen, um unsere Ziele zu erreichen. Wir haben uns ins Zentrum der Politik gestellt und wurden deshalb zu einer politischen Herausforderung für die anderen Parteien.

Zum Schluss: Eine aktuelle Umfrage, die die Arbeiterpartei durchgeführt hat, zeigt, dass die Wähler der Sozialistischen Linkspartei zufriedener mit der Arbeit der rotgrünen Regierung sind als die Wähler aller anderen Parteien. Radikale Wähler mögen unsere Regierung, z.B. meinen nur 5% der Wähler der Roten (Rødt), dass die Leistungen der Regierung schlecht sind. Eine Umfrage, die noch nicht veröffentlicht ist, zeigt, dass 82% der Mitglieder der Sozialistischen Linkspartei mittel-, zufrieden oder sehr zufrieden sind mit den Leistungen unserer Partei in der Regierung.

Die Sozialistische Linkspartei steht links von der Arbeiterpartei. Unser Feind ist aber nicht die Arbeiterpartei. Unser Feind ist die politische Rechte. Wir werden unsere Ziele besser in Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten erreichen als wenn wir allein stehen. Die Sozialdemokraten, ich glaube, das ist in den meisten europäischen Ländern so, sind immer bereit, mit der politischen Rechten zu arbeiten. Linke Politik gewinnt nur, wenn wir eine gemeinsame Front gegen die politische Rechte bauen.

Linke Regierung. Chancen und Herausforderungen radikaler Realpolitik

6

von Conny Hildebrandt und Meinhard Meuche-Mäker

Die Frage linker Regierungsbeteiligungen ist nicht nur in Deutschland von zentraler Bedeutung. Angesichts der Erfahrungen in Norwegen, Frankreich, Spanien oder Italien bzw. Lateinamerika oder Asien und Afrika stellt sich die Frage, unter welchen Bedingungen linkes Regieren erfolgreich sein kann und was die Maßstäbe des Erfolges sind.

Fünf Einwände, so Michael Brie, werden gegen Regierungsbeteiligungen formuliert: erstens, der Kapitalismus könne nicht wesentlich verändert werden; zweitens, nur eine Revolution könne die Probleme lösen; drittens, der heutige Staat sei ausschließlich Machtinstrument der herrschenden Klasse, man könne sich daran nicht beteiligen; viertens schwäche die Regierungsbeteiligung zwangsläufig die Linken; fünftens werde durch linke Regierungsbeteiligung die Fortsetzung rechter Politik ermöglicht. Verändern erkämpfte Errungenschaften wie der Sozialstaat wesentliche Seiten des Kapitalismus und schaffen Bedingungen seiner Zurückdrängung und Überwindung oder sind diese zwangsläufig nur systemimmanente Reformen, die letztlich einem sozialistischen Ziel sogar schaden? Und können solche Reformen den Herrschenden nicht besser aus der Opposition abgenötigt werden? Müssen die Linken auf den Bruch zielen oder müssen sie ihre Strategie und Programmatik auf die Zurückdrängung der Profitdominanz des Kapitalismus konzentrieren?

Im Programmentwurf (der Partei DIE LINKE) ist vom transformatorischen Prozess die Rede, der von vielen kleinen und großen Reformschritten, von Brüchen und Umwälzungen mit revolutionärer Tiefe gekennzeichnet sein wird. Hierzu benennt der Entwurf vier zentrale Reformprojekte: Gute Arbeit, Demokratisierung der Gesellschaft, sozial-ökologischer Umbau sowie Abrüstung und die Schaffung eines Systems kollektiver Sicherheit – Forderungen, die auch Ziele linken Regierens beschreiben. Zugleich findet sich der Verweis auf notwendige Mehrheiten zur Durchsetzung linker Reformprojekte. Sie müssen erst geschaffen werden. Sie waren 2008 in Hessen nicht gegeben und fehlten letztlich auch in Thüringen und im Saarland 2009, waren aber in Brandenburg vorhanden.

Im Programmentwurf wird betont, dass Regierungsbeteiligungen nur dann sinnvoll sind, wenn eine Abkehr vom neoliberalen Politikmodell durchsetzbar sei sowie ein sozial-ökologischer Umbau eingeleitet werden könne. Regierungsbeteiligungen sind an verbindliche Kriterien zu knüpfen und unter

⁶ Conny Hildebrandt ist Referentin für Parteien und soziale Bewegungen im Institut für Gesellschaftsanalyse der RLS, Berlin; Meinhard Meuche-Mäker ist Politikwissenschaftler und leitet das Regionalbüro Hamburg der RLS. Der Text wurde erstmals abgedruckt in Neues Deutschland v. 19.04.2010

konkreten Bedingungen zu diskutieren und zu entscheiden. Beides zugleich ist nicht ohne Widerspruch zu haben.

Mit den Anforderungen an Regierungsbeteiligungen beschreibt die Linkspartei ein Konfliktfeld zwischen gesellschaftlicher »Einflusslogik«, die sich aus den realen Kräfteverhältnissen und konkreten Rahmenbedingungen ableitet, und einer internen »Parteienlogik«. Angesichts der Notwendigkeit, dass Parteien ihre Identitäten bzw. »Markenkerne« sichern müssen, ist es sinnvoll, Ansprüche zu formulieren, die unabhängig von der konkret gegebenen Situation einzuhalten sind. Landespolitik gehört aber in die politische Verantwortung der Landesverbände, denn sie kennen die Situation vor Ort. Dass sie zugleich auch bundespolitische Verantwortung tragen und den »Markenkerne« der Linken schützen müssen, ist selbstverständlich und doch nicht immer leicht.

Es ist sinnvoll, die Unterschiedlichkeit der Bedingungen zu berücksichtigen. In den ostdeutschen Bundesländern gehört dazu z. B. die Abwanderung – per saldo sind es jährlich rund 50 Tausend, viele Junge und viele Frauen. Die Zahl der Arbeitslosen ist noch immer doppelt so hoch, das Verdienstniveau liegt bei siebzig Prozent, die Gewerkschaften sind wesentlich schwächer. Das Armutsrisiko liegt in Baden-Württemberg bei zehn Prozent und in Mecklenburg-Vorpommern bei fast dreißig.

In vielen westdeutschen Ländern – das Saarland ist noch ein Sonderfall – hat die Linkspartei mit ihren vier bis acht Prozent sehr spezifische Interessen konkreter Wählergruppen zu vertreten, ist aber zugleich vor die Aufgabe gestellt, diese in umfassendere Reformprojekte einzuordnen. Im Osten Deutschlands erhält die Linkspartei 20 bis 30 Prozent der Wählerstimmen. Sie muss dort sofort sehr breite Interessen aufgreifen und als linke Volkspartei agieren. Die Beteiligung an Regierungen auf Länderebene stellt sich deshalb in Ost und West jeweils anders dar.

Die gemeinsame Aufgabe ist es, das Ziel der Verbesserung der realen Lebensbedingungen mit konkreten Projekten zu untersetzen. Woran also will sich die Linke unter keinen Umständen beteiligen und vor allem was kann und was will sie im Unterschied zu anderen Parteien? Ihre Projekte müssen real durchsetzbar sein. Das erwarten jene Bürgerinnen und Bürger, die »ihre« Partei in Regierungsverantwortung sehen wollen – und dies ist die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler der Linkspartei.

Dass die LINKE als Partei sozialer Gerechtigkeit erkennbar bleiben muss, war eine bittere Erfahrung für die Berliner Linken. 2006 verlor sie gegenüber 2001 fast die Hälfte ihrer Wähler. Die Konsolidierung des Landeshaushalts mit einer Schuldenlast (mehr als das Zweifache des Landeshaushalts) dominierte die Landespolitik.

Bereits 2005 verwies Rolf Reißig in seiner Analyse der Berliner Regierungspolitik auf die Notwendigkeit eines klaren Profils und erkennbarer linker Projekte. Für die zweite Regierungsperiode formulierte die Berliner Linkspartei im Vorfeld von Sondierungsgesprächen ihre linken Projekte: Einstieg in den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS), Modellprojekte für eine Gemeinschaftsschule sowie Erhalt der öffentlichen Infrastrukturunternehmen der Daseinsvorsorge. Priorität habe – so der Berliner Koalitionsvertrag – die Schaffung existenzsichernder Arbeitsplätze und ein gebührenfreier Zugang zu Bildung. Umgesetzt wurde u. a. eine Neuberechnung der Wohnkosten, um Massenumzüge zu vermeiden, das Sozialticket, ein Kulturticket und ein Berlin-Pass, mit dem alle, die Hartz IV, Sozialhilfe, Grundsicherung oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, vergünstigten Eintritt bei Kultur, Sport und Freizeit erhalten. Über 7500 Berlinerinnen und Berliner arbeiten mittlerweile im öffentlich geförderten Beschäftigungssektor. Seit 2005 gibt es keine Privatisierung von Infrastrukturen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die Linke in der Regierung muss die Qualität öf-

fentlicher Güter und Infrastruktur, Effizienz im Umgang mit öffentlichen Geldern, tarifgerechte Löhne und letztlich die Kontrolle über das Funktionieren der öffentlichen Daseinsvorsorge sicherstellen. Das ist ohne Konflikte der Beteiligten nicht möglich.

Die Berliner Linksfraktion beschloss im Februar 2010 ihr Konzept für einen sozial-ökologischen Umbau. Auch die Brandenburger Linke legte einen Schwerpunkt auf sozial-ökologische Fragen, konnte sich jedoch bei der Beendigung des Braunkohleabbaus nicht durchsetzen. Hier reichte weder die politische Kraft der Linkspartei noch der außerparlamentarische, gesellschaftliche Druck. Dennoch beschloss der Landesparteitag den Weg in die rot-rote Koalition. Inwieweit sie dort linke Politik durchsetzen kann, ist angesichts der Abwälzung der Krisenlasten auch auf Länder und Kommunen eine offene Frage. Eine strategische Verknüpfung der Initiativen zwischen Bund und Land ist erforderlich.

Linke in Landesregierungen sind Chance und Herausforderung für die Gesamtpartei. Landespolitik ist eines der wichtigsten Experimentierfelder radikaler Realpolitik, selbst wenn sie scheitert. Hier kann und muss die LINKE beweisen, dass sie für den Schutz sozial Benachteiligter, für soziale, politische und kulturelle Teilhabe steht, für konkrete Projekte sozial-ökologischer Entwicklung. Hier muss sie zeigen, wie sie in einer Koalitionsregierung ihr politisches Profil stärken und zugleich die hierzu notwendige Kooperations- und Kompromissfähigkeit entwickeln kann.

Auf kommunaler und Länderebene zeigt sich, wie Volksbegehren und Volksentscheide, unter vereinfachten Nutzungsbedingungen von den Linken durchgesetzt und in der Verfassung verankert, auch zur Herausforderung für die Linken werden. Gefragt ist eine Parlamentsarbeit, die repräsentative parlamentarische Demokratie mit Formen direkter Demokratie sowie einer Entwicklung von Wirtschafts- und Geschlechterdemokratie verknüpft. Linkes Regieren muss mit der Weitergabe (Abgabe) von Macht, also der Stärkung und Beförderung von außerparlamentarischen Initiativen, Einrichtungen und Gremien verbunden werden. Und dies nicht erst in der Regierung.

Eines der wichtigsten Ergebnisse linker Regierungspolitik auf Landesebene sind praktische Kenntnisse über Prozesse politischer Steuerung und das Funktionieren staatlicher Institutionen, insbesondere von Verwaltungen, die politische Akteure sind. Das wird von Linken immer wieder unterschätzt. Auch die Linken neigen in Opposition wie auch in Regierungen zum separierten Denken in den Ressorts von Verwaltungen und entwickeln darin ihre alternativen Lösungsansätze, statt auch deren Strukturen zu hinterfragen und ressortübergreifende Projekte zu entwickeln. Ein Neuanatz hierfür sind die gesellschaftlich erarbeiteten Landesentwicklungspläne unter Einbeziehung der Verwaltungsstrukturen in ostdeutschen Bundesländern. In Brandenburg wird sich zeigen, was davon in Regierungsverantwortung umgesetzt werden kann.

Die Linke steht vor der Aufgabe, Systemkritik mit radikaler Realpolitik zu verbinden und hierfür gesellschaftliche Akzeptanz zu schaffen. Dies ist eine anspruchsvolle Aufgabe. Bisher wurde ein Politikwechsel in jenen Bundesländern, in denen Linke in Regierungen waren oder sind, nicht erreicht. Oft blieb es (immerhin!) bei der Veränderung des Stils von Politik. Ob die Richtung der Politik auf Länderebene verändert werden kann, ist noch eine offene Frage.

Auf der Bundesebene wird der Richtungswechsel der Politik zur zentralen Frage. Die Erfahrungen in Italien haben gezeigt, dass der Eintritt in eine Mitte-Links-Regierung zur Verhinderung einer Rechtsregierung von Berlusconi allein nicht ausreichte. Keines der gestellten Ziele wurde erreicht, die Fragen der sozialen Umverteilung wurden nicht angepackt. Es gab kein gemeinsames linkes Projekt, getragen

von den Koalitionspartnern, von außerparlamentarischen Bewegungen, Gewerkschaften – ganz anders als in Norwegen. Die Wirtschaftspolitik verblieb im neoliberalen Rahmen. Eigene Gesetzesvorhaben der Rifondazione Comunista zu Einwanderung und Arbeitsmarkt und zur Begrenzung der Medienmacht Berlusconi wurden vertagt. Und: die verschiedenen Kämpfe an verschiedenen Fronten in den Kommunen oder gegen Militäreinsätze etc. wurden nicht zu einem breiten Bündnis zusammengebracht, die Entfremdung zur eigenen Partei wuchs.

Alle Parteien sind damit konfrontiert, dass die Macht in den Fraktionen konzentriert wird, auch die Linken. In Italien scheiterten die Linken 2008 nicht nur an der fehlenden gesellschaftlichen Verankerung der Wahl-Koalition, dem fehlenden sozialen Profil als Regierungspartei, sondern an der völligen Abkopplung von den außerparlamentarischen Parteistrukturen. Gerade dann, wenn die Kompetenzen auf der parlamentarischen Ebene zunehmen, wächst die Notwendigkeit der Parteientwicklung, um immer wieder den parlamentarischen Verselbständigungsprozessen entgegenzuwirken.

Wenn die Frage linker Regierungsbeteiligung – erst recht auf nationaler Ebene – gestellt wird, muss es sich um den Eintritt in eine dezidiert linke Regierung handeln. Voraussetzung sind politische und gesellschaftliche Bündnisse. Dies beginnt mit der Arbeit an einem linken, politisch tragfähigen Programm, der Formulierung eines linken Projektes, das von der Gesellschaft mehrheitlich mitgetragen werden kann, das sich orientiert an einem sozial-ökologischen Umbau, hinter dem Gewerkschaften, soziale Bewegungen und große Teile der Bevölkerung stehen. Von ihm muss die Faszination eines gesellschaftlichen Ausbruchs ausgehen. Dazu werden Gesellschaftsprojekte gebraucht, die von verschiedenen sozialen Klassen und Schichten getragen werden, für diese attraktiv sind, in die sie sich einbringen können. Für einen Politikwechsel muss die Linke von den Lebensweisen ausgehen, von den konkreten Hoffnungen und Bedürfnissen. Nur so wird ein Ganzes von gesellschaftlicher Umgestaltung und Veränderung im Alltag daraus.

In der Reihe Hamburger Skripte sind bisher erschienen:

HS 1: Links • WählerInnen • Potenziale. Hintergründe und Schlussfolgerungen zur Wahl der Hamburger Bürgerschaft 2001 (vergriffen)

HS 2: Ein Politisches Beben verändert die Stadt – bald auch die Republik? Gedanken zum Aufstieg der Schill-Partei (1,50 €)

HS 3: Gefährliche Fiktion: Die "Protokolle der Weisen von Zion" (1,50 €)

HS 4: Zeichen für Rosa Luxemburg. Aktuelle Auseinandersetzungen um die Deutung von Geschichte (vergriffen)

HS 5: Der Entwurf der Verfassung der Europäischen Union: Militarisierung oder Friedensfähigkeit? (1,50 €)

HS 6: Aufstieg und Fall des Ronald Barnabas Schill. Skizzen zur Schillschen Variante des bundesdeutschen Rechtspopulismus (vergriffen)

HS 7: Von der emanzipatorischen Theorie zur erwachsenendidaktischen Praxis? Zum Selbstverständnis politischer Erwachsenenbildung (2,00 €)

HS 8: Frieden mit der Vergangenheit? Die beiden Wehrmachtsausstellungen als Beispiel für den deutschen Umgang mit dem Holocaust (vergriffen)

HS 9 (Sonderband): Prekäre Bewegungen. Soziale Konflikte in Frankreich, Italien, Österreich und Dänemark (6,00 € / Buchhandel)

HS 10: Linke Parteien und Kooperationen in Europa – ein Überblick (2,50 €)

HS 11 (Sonderband): Hamburg: Wachsende Stadt durch schrumpfendes Gemeinwesen? – (6,90 € / Buchhandel)

HS 12: „Individuelle Rechte werden aufgehoben“ Analysen zu HARTZ IV (2,00 €)

HS 13: Umerziehung durch die Herrschaft Gottes. Die Erweckungsbewegung "Moralische Aufrüstung" im Reeducation-Programm der Nachkriegszeit (2,00 €)

HS 14: Mythen über die Internationalen Brigaden. Neuere Forschungsergebnisse zum Spanischen Bürgerkrieg (2,00 €)

HS 15: Hegemonie und Gegen-Hegemonie als pädagogisches Verhältnis. Antonio Gramscis politische Pädagogik (2,00 €)

HS 16: Alternativen zum Hamburger Haushalt oder: Wie Hamburg zu Geld kommen kann. (vergriffen)

HS 17: Die Linke - Chance oder Scheitern? Diskussion zwischen Jens König (taz-Redakteur), Oliver Nachtwey (Parteienforscher) und Katina Schubert (Stellvertretende Vorsitzende Linkspartei.PDS) (2,00 €)

HS 18: Universalistischer Rassismus, getarnt als "Islamismuskritik"? Linker Antirassismus und der Diskurs über „Islamophobie“ (2,00 €)

HS 19: EADS/Airbus: Ein Global Player im Kreetstag. MIK und Stamokap in Hamburg (2,00 €)

HS 20: Eltern unter Druck. Beiträge zur Auseinandersetzung um die Primarschule (0,50 €)

Die Ausgaben der Hamburger Skripte (außer Sonderbänden) können kostenfrei von unserer Website herunter geladen werden.

